Abendausgabe

Nr. 285 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 140

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
18. Juni 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Höhere Kartoffel- und Fleischzölle!

Der Kabinettsbeschluß.

Nachdem die Regierungsparteien sich über die künftige Behandlung des Zolltarifes einig geworden sind, hat nunmehr auch das Reichskabinett seine Vorlage vorbereitet. Ueber den Inhalt seiner Beschlüsse erklärt eine amtliche Mitteilung:

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung zunächst mit den schwebenden Zolltariffragen. Das Kabinett steht in diesen Fragen auf dem Boden der Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Es wird demgemäß unverzüglich der Reichswirtschaftsrat um Erstattung eines Gutachtens unter Zuziehung des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages über eine Revision des deutschen Zolltarifgesetzes zwecks Herabsetzung des Zollniveaus ersucht werden. Sodann sollen entsprechende Vorschläge beschleunigt den gesetzgebenden Körperschaften zugehen. Die Beachtung der Grundsätze der Weltwirtschaftskonferenz schließt nicht aus, daß mit Rücksicht auf die Existenz der bäuerlichen Betriebe und im Interesse der inneren Kolonisation einzelne landwirtschaftliche Zollsätze eine gewisse Erhöhung erfahren. Auf Grund dieser Erwägungen hat das Kabinett beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften die Erhöhung des autonomen Kartoffelzolles auf 1 M. vom 1. Dezember 1927 ab, sowie die Streichung des Zwischenzolles für Schweinefleisch vorzuschlagen, so daß bezüglich des Schweinefleisches der Zollsatz des schwedischen Handelsvertrages von 32 M. praktische Bedeutung erlangt.

Bekanntlich hat außerdem das Kabinett schon früher die Erhöhung des autonomen Zuckerzolles auf 15 M. unter erheblicher Herabsetzung der Zuckersteuer beschlossen. Alle übrigen Zollsätze, wie auch das zollfreie Kontingent für Geflügelfleisch, sollen in der gegenwärtigen Höhe bestehen bleiben. Die ganze Regelung soll unbeschadet der den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreitenden Senkungsvorschläge bis zum 31. Dezember 1929 gelten.

Die Reichsregierung hat sich also den agrarischen Wünschen gebeugt: Kartoffel- und Fleischzölle werden erhöht, auch die Erhöhung des Zuckerzolls wird nicht rückgängig gemacht! Und das im Zeichen des Zollabbaues, dem die Reichsregierung „grundsätzlich" — wie immer, wenn der Rechtsblock das Gegenteil tut — zugestimmt hat! Daß sie die Forderungen des Reichslandbundes nicht in vollem Umfange übernommen hat, soll ein Kompliment gegenüber den Arbeitermassen sein, deren Stimmen man dem Rechtsblock erhalten will.

Aber auch die christlichen Arbeiterführer werden über den Tatbestand nicht hinwegkommen, daß die Nahrung der Minderbemittelten, insbesondere die Kartoffeln und dazu das Frischfleisch in einer gänzlich ungerechtfertigten Weise verteuert werden.

Die Großagrarier bekommen ihren Zoll — für einen künftigen Zollabbau, den man grundsätzlich als notwendig anerkannt hat, fordert man Gutachten! Die Komödie, die das Reichskabinett aufführt, artet zur Groteske aus. Die Regierung spiegelt ihren Freunden vor, sie wolle den Freihandel begünstigen, leistet aber unter dem Deckmantel bauernfreundlicher Politik den großagrarischen Wünschen Vorschub. Die Unwahrhaftigkeit, die in diesem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Reichsregierung liegt, zeigt nur die Angst der Rechtsparteien vor der Abrechnung mit ihren Wählern. Die aber soll ihnen nicht leicht gemacht werden.

Neue Versprechungen.

Die Beamten sollen noch bis zum Winter warten.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung in der Frage der Beamtenbesoldung folgende Stellung genommen:

Die Reichsregierung verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß die Bezüge der Beamten im Hinblick auf die gesteigerten Lebenshaltungskosten unzulänglich sind und ist daher — auch aus staatspolitischen Gründen — gewillt, die wiederholt versprochene Aufbesserung dieser Bezüge durchzuführen. Sie glaubt in der Annahme, daß eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht eintreten wird, zusagen zu können, daß noch im laufenden Kalenderjahr, und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1927, eine durchgreifende, alle Beamtengruppen umfassende Reform der Beamtenbesoldung erfolgen wird. Im Reichsfinanzministerium ist man dementsprechend mit der Ausarbeitung eines Entwurfes beschäftigt, der bei einer durchgängigen Erhöhung der Bezüge auch eine Aenderung des derzeit geltenden Besoldungsgesetzes bringen und die vielen berechtigten Beschwerden beseitigen soll, die sich seit dem Jahre 1920 ergeben haben und sowohl Gegenstand der parlamentarischen Behandlung wie zahlreicher Vorstellungen der Beamten waren. Das heutige Besoldungssystem beizubehalten und darauf prozentuale Zuschläge zu geben, ist nicht beabsichtigt. Auch soll keine Teillösung der Besoldungsfrage durch Gewährung vorläufiger Abschlagszahlungen geschaffen werden.

Die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger, Wartegeldempfänger, sowie der Hinterbliebenen sollen bei dieser Regelung eine entsprechende Berücksichtigung erfahren.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Beamtenbesoldung werden auch gemäß § 87 des Reichsversorgungsgesetzes die zur Verbesserung der Lage der Kriegsbeschädigten erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Schlußunterredung Stresemann-Chamberlain

Zweistündige Aussprache über „alle schwebenden Fragen".

W. S. Genf, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die ursprünglich bereits für gestern nachmittag geplante Unterredung Stresemanns mit Chamberlain fand heute morgen statt, da beide Minister in Genf geblieben sind. Der englische besuchte den deutschen Außenminister und blieb fast zwei Stunden bei ihm. Ueber den Verlauf der Unterredung wird bis jetzt auf beiden Seiten äußerste Zurückhaltung bewahrt. Die Mitteilung, daß sie sich auf „alle schwebenden Fragen" bezogen hat, ist bei der Länge der Unterredung eine glatte Selbstverständlichkeit. Immerhin ist nach dem ergebnislosen Abbruch der Sechsmächtekonferenz die Dauer der Unterredung der beiden Außenminister bemerkenswert.

Chamberlain wird voraussichtlich heute abend nach Zermatt fahren, wo er einen vierzehntägigen Urlaub verbringt, bevor er wieder nach England zurückkehrt. Stresemann und die übrigen führenden Mitglieder der deutschen Delegation verlassen Genf erst am Sonntag vormittag. Am Montag nachmittag wird der Außenminister dem Reichskabinett Bericht erstatten.

Harte Kritik am Völkerbund in Paris.

„Beschlußschwäche und Verantwortungsfurcht."

Paris, 18. Juni (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Völkerbundstagung wird von der Pariser Presse im Gegensatz zu der freundlichen Aufnahme der Ergebnisse der privaten Aussprache in Genf außerordentlich hart kritisiert. Man wirft dem Völkerbund Beschlußschwäche und Verantwortungsfurcht vor. Dabei muß besonders auffallen, daß diese scharfe Kritik nicht allein aus dem Lager der völkerbundsfeindlichen Kreise kommt, sondern daß sich der sehr offiziöse „Petit Parisien" zu ihrem Wortführer aufwirft. Das Blatt erklärt vor allen Dingen, daß man die Danzig-polnische Streitfrage wegen des Munitionsdepots Westerplatte sowie den rumänisch-ungarischen Schiedsgerichtsstreitfall sicher aus der Welt hätte schaffen können, wenn man sich nur eine Viertelstunde lang mit gutem Wille an ihre Lösung gemacht hätte. Der „Petit Parisien" weiß auch mitzuteilen, daß der Völkerbund plane, daß im Falle eines unvermuteten Angriffs der angegriffene Staat sofort in Genf Unterstützung finden solle, damit er fürs erste für seine Kriegsführung der finanziellen Sorge enthoben sei. Der „Petit Parisien" bezeichnet diesen Plan, wenn er zum Beschluß erhoben würde, als einen Markstein in der Völkerbundsgeschichte.

Das Echo der Wirtschaftsresolution in England.

Der Bericht Stresemanns über die Weltwirtschaftskonferenz sowie die von ihm eingebrachte Resolution hat in der englischen liberalen Presse einen starken Widerhall gefunden. Die freihändlerischen Blätter begrüßen demonstrativ den deutschen Vorstoß zugunsten des Abbaues der Zolltarife und heben hervor, daß allein Chamberlain, im Gegensatz zu allen übrigen Ratsmitgliedern, die das Wort in dieser Ratssitzung ergriffen haben, es für nötig hielt, gewisse Vorbehalte geltend zu machen und einen Abänderungsantrag einzubringen. Es hat den Anschein, als wollten die Liberalen, als traditionelle Bekämpfer der Schutzzölle, diesen Genfer Vorgang innerpolitisch gegen die Konservativen ausschlachten. Die „Daily News", die schon am Freitag Stresemanns Auftreten demonstrativ gelobt hatten, veröffentlichen am Sonnabend eine Reihe von Stimmen englischer Industrieller. Männer wie Muspratt, ehemaliger Präsident des englischen Industriellenverbandes, Hichens, der Direktor der bekannten Schiffsbaufirma Cammel Laird u. Co., Thompson, der Präsident der Manchester Handelskammer, sprechen ihre völlige Uebereinstimmung mit den Ideen des deutschen Außenministers Dr. Stresemanns aus. Sie beruhten auf gesunden Grundsätzen und ihre Durchführung sei sehr wünschenswert.

Sozialdemokratische Interpellation.

Außenpolitik und Völkerbund.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Ist der Reichsaußenminister bereit, dem Reichstag über die Ergebnisse der letzten Tagung des Völkerbundsrates und die in Genf gepflogenen Verhandlungen der Außenminister alsbald Auskunft zu erteilen?

Die Interpellation wird im Laufe der nächsten Woche im Reichstag beraten werden.

Rückwärts immer!

Das unbefriedigende Schankstättengesetz.

Von Wilhelm Sollmann.

Die Sozialdemokratie ist nie dem Irrtum verfallen, durch Gesetzesbestimmungen allein oder auch nur vorwiegend die Summe der Volksschäden, die man unter dem Begriff Alkoholismus zusammenfaßt, bekämpfen zu wollen. Sie hat die Alkoholfrage genau wie die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten stets in ihren großen Zusammenhängen mit den Produktionsverhältnissen und den gesamten kulturellen Zuständen betrachtet. Infolgedessen hat sie zwar die Berechtigung und Notwendigkeit der besonderen Aufklärungstätigkeit und Gesetzgebung gegen den Alkoholismus anerkannt und diese Arbeit unterstützt, aber als politische Partei immer den Hauptwert auf die allgemeine kulturelle Hebung der Volksmassen gelegt. Ein vollkommen berechtigter Standpunkt.

Mit allen die deutsche Schankstättengesetzgebung beurteilenden Faktoren, auch den Gastwirten, vertrat die Sozialdemokratie längst die Notwendigkeit einer Reform und eines Ausbaues dieser gesetzlichen Bestimmungen. Selbstverständlich konnte unsere Partei mit ihrer bisherigen Stellungnahme weder die Abstinenzbewegung noch deren alkoholkapitalistischen Gegenpol befriedigen. Ein solches Kunststück verlangen wir auch von keiner Reichsregierung. Es ist aber ein bedenkliches Zeichen für die Abhängigkeit des jetzigen Reichskabinetts von kapitalistischen Interessenklüngeln, wenn sie der Volksvertretung nun einen Schankstättengesetzentwurf vorlegt, der beinahe in jedem Paragraphen weitgehend den Diktaten rein geschäftlich interessierter Kreise folgt, aber die Warnungen, Vorschläge, Wünsche der gemeinnützigen kulturellen Organisationen aller Weltanschauungen beinahe ganz überhört. Als Kennzeichnung genügen zwei Tatsachen: Einer der bedeutendsten Vertreter des Alkoholkapitals, der Großbrauer Pschorr, hat dem angeblich dem Kampfe gegen den Alkoholismus dienen sollenden Gesetzentwurf das hohe Lob „im allgemeinen zweckentsprechend" gespendet. (Bericht des Vorl. Reichswirtschaftsrats.) Alle Abstinenz- und Mäßigkeitsvereine, alle Caritasorganisationen irgendwelcher Richtung, alle Frauenvereine, alle Jugendorganisationen, alle gemeinnützigen Verbände, die eine Reform unseres Gaststättenwesens anstreben, bezeichnen dagegen den Gesetzentwurf als ganz und gar mangelhaft. Die Regierung muß sich darauf gefaßt machen, daß von Dutzenden Abgeordneten ihres Parlamentsblocks das Schankstättengesetz genau so hart beurteilt werden wird wie von uns.

Irgendeinen neuen Gedanken zur Bekämpfung des Alkoholismus bringt der Entwurf überhaupt nicht. Er beschränkt sich darauf, die jetzt in der Gewerbeordnung und im Notgesetz verstreuten Bestimmungen zusammenzufassen, in untergeordneten Teilen etwas zu erweitern und zu verschärfen, in wichtigen grundsätzlichen Fragen aber zu verschlechtern. Besonders gibt der Entwurf den ebenfalls von einer bürgerlichen Regierung stammenden Entwurf vom Juni 1923 in entscheidenden Bestimmungen vollkommen preis. Wenn die Begründung des jetzigen Entwurfs, der von dem volksparteilichen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gezeichnet wird, recht hätte, so müßte der Gesetzentwurf vom Jahre 1923, der von dem ebenfalls volksparteilichen Minister Dr. Becker verantwortet wurde, heillose Trottel zu Verfassern haben.

Der neue Gesetzentwurf macht entsprechend den tatsächlich jetzt schon vorhandenen Zuständen den Betrieb einer Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder eines Kleinhandels mit Branntwein von der behördlichen Erlaubnis und diese von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig. Ist das Bedürfnis nachgewiesen, so darf die Erlaubnis nur versagt werden, wenn die Anrüchigkeit des Antragstellers oder Mängel der in Aussicht genommenen Räume die Verweigerung rechtfertigen. Die Behörden behalten also große willkürliche Möglichkeiten, Gastwirtskonzessionen zu erteilen oder zu verweigern. Eine zeitliche Begrenzung der Erlaubnis, und zwar auf 20 Jahre, wird nur für juristische Personen eingeführt. Erlaubnispflicht für Flaschenbierhandel wird entgegen den einmütigen Forderungen der Gastwirte, die bei diesem Verlangen auch von den Alkoholgegnern unterstützt werden, nicht vorgesehen. Die jetzt schon auf Grund einer Bekanntmachung des Bundesrats vom Jahre 1915 vorhandene Möglichkeit, den Ausschank von Branntwein und den Kleinhandel während bestimmter Morgenstunden und während bestimmter Tage (z. B. an Lohnzahlungstagen oder an Sonn- und Festtagen) einzuschränken oder zu verbieten, wird in das neue Gesetz übernommen. Die nähere Regelung bleibt den Ländern überlassen. Dasselbe gilt von der Polizeistunde. Ueberhaupt gibt das Reich auf zahlreichen Gebieten auch dieses Gesetzgebungswerkes sein Recht mehrfach entgegen den Ratschlägen des Reichswirtschaftsrats zugunsten der Länder ab.

Eine vollständige Aufzählung geschweige denn gründliche Würdigung der zahlreichen verwaltungsrechtlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs ist im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes nicht möglich. Begnügen wir uns mit zwei seit Jahren die Oeffentlichkeit bewegenden, wichtigen Teilfragen: Jugendschutz und Gemeindebestimmungsrecht.

Am 18. Februar 1925 hat der Reichstag die Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Schutze der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus gefordert. Feier-

liche Eidschwüre der Christlichen und der Nationalen im Reichstage, daß sie die Jugend schützen wollten! Und nun? Die Regierung dieser Parteien bringt ein Gesetz ein, das die bestehenden Jugendschutzbestimmungen teilweise abbaut. Das Schutzalter gegen Bier, Wein und Tabak in öffentlichen Wirtschaften wird von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt. Jeder Konfirmand muß das Recht haben, sich bis in die späten Nachtstunden im Gasthause als Vollbürger zu fühlen und zu trinken, soviel er zahlen kann. Schnaps allerdings darf „gegen Entgelt" erst den Achtzehnjährigen verabreicht werden. Unentgeltlich aber dürfen auch in öffentlichen Wirtschaften selbst vierzehnjährige Mädels und Burschen mit Fusel traktiert werden. Schnapspralinen werden überhaupt nicht mehr behelligt. In den Zeiten des christlich-nationalen Bürgerblocks müssen Likör und Weinbrand den Kindern erhalten bleiben! Die Reichsregierung führt — es ist bitterer Ernst — zur Begründung „eine 17jährige Ehefrau" vor, der das unveräußerliche Menschenrecht, sich und ihre Leibesfucht mit Schnaps zu vergiften, nicht geschmälert werden darf.

Sogar die Alkoholinteressenten sind ob soviel Entgegenkommen verblüfft. Das „Gasthaus" (Nr. 62/63 vom 24. Mai 1927) sieht voraus, daß der Reichstag sich schämen wird, diesen Abbau des Jugendschutzes mitzumachen. Man r..d ja sehen. Ueber solche Verbote mag man im übrigen denken wie man will. Jedenfalls ist es unverfroren, jahrelang im Reichstage ein Gesetz über notwendigen gesetzlichen Jugendschutz gegen Schmutz und Schund und gegen Lustbarkeiten anzustimmen und dann dieselbe Jugend dem Fusel aller Arten auszuliefern.

Das Gemeindebestimmungsrecht — die Selbstbestimmung der Erwachsenen einer Gemeinde über Art und Umfang des Ausschanks geistiger Getränke — ist entsprechend dem Diktate der Alkoholgewerbe nicht aufgenommen. Der betreffende Teil der Begründung des Gesetzes könnte mit denselben Worten von dem Syndikus jedes Alkoholkonzerns verfaßt sein. Soweit das Ministerium eigene Arbeit geleistet hat, ist sie eine bureaukratische Anmaßung. Ueberheblich wird dargelegt, daß — im Gegensatz zu vielleicht einem Dutzend anderer Kulturvölker — die deutschen Wähler und Wählerinnen gar nicht fähig sind, abzuschätzen, ob in ihrer Gemeinde Kneipen genug sind oder nicht. Auch eine gemeindliche Abstimmung für oder wider den Schnapsausschank übersteigt weit den Horizont des Volkes der Dichter und Denker. Daher: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!"

Der ebenfalls bürgerliche Gesetzentwurf vom Jahre 1923 rechtfertigte das Gemeindebestimmungsrecht noch mit dem Hinweis auf den „Volksstaat". Jetzt hat man sich dieses Wortes geschämt. Alkoholkapital und Verwaltung bestimmen — Wirte und Verbraucher gehorchen. Das ist der Grundsatz, der gesiegt hat. Wie eine Selbstverspottung wirkt die Behauptung von den unübersichtlichen Rechtsverhältnissen, die durch örtliche Abstimmungen geschaffen würden. Dabei schafft der jetzt vorliegende Gesetzentwurf selbst nur uneinheitliche Rechtsverhältnisse oder läßt sie doch bestehen. Bayern behält seine Reservatrechte, rechts und links vom Rheine verschieden. Es werden in der Handhabung der Konzessionserteilung, der Polizeistunde usw. die größten Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und den Gemeinden bleiben. Nicht einmal für die Wirtschaften einer Gemeinde braucht die Polizeistunde gleichmäßig zu sein. Warum also nicht örtliche Regelung durch Selbstbestimmung? Viele werden antworten: weil man mit Rücksicht auf die riesenhafte Alkoholproduktion eine Volksbewegung gegen die Trinksitten fürchtet. Die nun endlich auch von der Regierung übernommene Stammtischerzählung, es gehe auf die „Trockenlegung" Deutschlands los, ist so wenig ernst zu nehmen, daß man kein Wort der Widerlegung zu verschwenden braucht.

Die Männer und Frauen in den bürgerlichen Parteien, die aus einer Weltanschauung wie immer etwas gegen die Alkoholnot tun möchten, sind starr ob der Schankstättenkultur des Bürgerblocks. Die Jugend aller Richtungen ist empört. Im vorigen Jahre tat man im Reichstage sehr entrüstet, als wir voraussagten, wie es nun gekommen ist. Nach dem, was bei den Gesetzen gegen Schmutz und Schund und zum Schutze der Jugend gegen schlechte Lustbarkeiten vorausgegangen ist, haben wir erst recht allen Grund, den Kirchen, den bürgerlichen Pädagogen und den zahllosen kulturellen Organisationen des Bürgertums aufzuzeigen, wie die Kulturpolitik der Interessengemeinschaften aussieht, die ihre politischen Geschäfte unter der Firma „Christentum und deutsche Nation" betreiben!

Die Postgebührenvorlage abgetan.

Auch keine Erhöhung der Rundfunkgebühren.

In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost sehte sich der Standpunkt der sozialdemokratischen Vertreter durch, daß eine Weiterberatung der zurückgezogenen Gebührenvorlage oder ihre Aufgreifung durch Mitglieder des Verwaltungsrats nicht möglich ist. Lediglich einige Wirtschaftsvertreter, die jetzt nicht schnell genug zur Postgebührenerhöhung kommen können, waren anderer Meinung. Ihnen trat Genosse Schumann-Frankfurt in wirksamer Weise entgegen, so daß es bei der Zurückziehung der Vorlage verblieb.

In seiner Einleitungsrede gab der Reichspostminister zu, mit dem Abg. Allekotte die Sachlage vorher besprochen zu haben. Es habe ihm jedoch ferngelegen, irgendwie ein abgekartetes Spiel treiben zu wollen. Auch Herr Allekotte gab diese Sachlage zu und bemerkte außerdem, **daß er mit einigen anderen Herren auch schon vorher vertraulich gesprochen habe.** Wir nehmen die Erklärungen der Herren zur Kenntnis. Es kann uns aber niemand verübeln, wenn wir bei dieser Sachlage das peinliche Empfinden hatten, daß hier Dinge vor sich gehen, die besser unterblieben wären. Die Ueberraschung über die Zurückziehung der Vorlage war also doch nicht bei allen Mitgliedern des Verwaltungsrates echt.

Sehr wertvoll war in der heutigen Debatte das Bekenntnis eines Wirtschaftsvertreters über die geheimsten Gedanken, die er sich über die Reichspost macht. Herr Professor Salomon, der Vorsitzende der Handelskammer in Frankfurt a. M., bedauerte nämlich ganz ausdrücklich, daß **die Post nicht doch in eine Aktiengesellschaft ungewandelt worden sei.** Man sehe an der Reichsbahn, wie gut man dort arbeiten könne, wo eine **starke Hand** die Zügel führe und wo bereits wieder Friedenszustand herrsche. Dieses offene Bekenntnis der wahren Absichten der Wirtschaft dürfte vielen die Augen öffnen. Es ist ein Grund mehr zu prüfen, ob man die Deutsche Reichspost noch länger sich selbst überlassen darf, und ob es nicht doch besser ist, sie wieder in den Reichsetat einzubeziehen, ehe es zu spät ist. Nun wird es manchem auch klar geworden sein, weshalb die Wirtschaftsvertreter trotz aller Proteste, die sie vorher losgelassen haben, plötzlich umgeschwenkt sind und dem Reichspostminister die Gebührenerhöhung plötzlich aufzwingen wollten. Sie betrachten offenbar schon heute die Post als Ausbeuteobjekt, das bei richtiger Einstellung geeignet ist, auch den Profit der Wirtschaft zu erhöhen. Leider war es durch Schluß der Debatte nicht mehr möglich, dem Herrn Salomon und den anderen Herren der Wirtschaft die Ansicht der Sozialdemokratie über ihre Pläne zu sagen.

Eine große Rolle spielte wieder die Stellung des Verwaltungsrats in seinem Verhältnis zum Reichstag. Der Verwaltungsrat erklärte sich für souverän und wollte davon, daß der Reichstag ihn gewissermaßen nur als Hilfsorgan der öffentlichen Verwaltung, wie Genosse Schumann sagte, eingesetzt habe, nichts wissen.

Schließlich wurde eine Entschließung des braunschweigischen Gesandten Boden gegen 8 Stimmen angenommen, die den Postminister ersucht, eine neue Vorlage bald einzubringen. Angenommen wurde ferner eine Entschließung Grünfeld, die für die weitere Etatswirtschaft der Post bestimmte Richtlinien aufstellt, und die vom Arbeitsausschuß genehmigt worden sind. Die Gebührenvorlage des Reichspostministers einschließlich jener über die Erhöhung der Rundfunkgebühren ist also zunächst gescheitert.

Zur Verfassungsfeier.

Sonntagsdienst für Beamte am Verfassungstag.

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Regelung des Dienstes am Verfassungstage. Es wurde beschlossen, durchgängig für alle Reichsbehörden Sonntagsdienst anzuordnen, mit Gewissen aus der Natur der Sache sich ergebenden Sonderregelungen für die Betriebsverwaltungen.

Eine Ente.

Der ADGB. paktiert mit den Zollräubern.

Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht in ihrer heutigen Postausgabe eine Notiz, wonach zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften Verhandlungen stattfinden über ein gemeinsames Vorgehen in der Zollfrage und der ADGB. sich dabei bereit erklärt habe, der Aufhebung des zollfreien Kontingents von 120 000 Doppelzentnern Gefrierfleisch zuzustimmen. Die „Rote Fahne" übernimmt diese Notiz und knüpft daran den ihr aus dem Herzen quellenden gewerkschaftsfeindlichen Kommentar.

Wir sind in der Lage zu erklären, daß solche Verhandlungen nicht stattgefunden haben und folglich auch der ADGB. eine derartige oder ähnliche Erklärung nicht abgegeben hat. Die „Rote Fahne" hätte — da sie angeblich ein Arbeiterblatt ist — sich informieren können und müssen, ehe sie in der bei ihr beliebten Aufmachung diese Ente einer bürgerlichen Zeitung übernimmt. Aber da es gegen die Gewerkschaften ging, war ihr gerade diese Ente willkommen.

Aus dem Reichstag.

Kleine Vorlagen.

In der heutigen Sitzung des Reichstages, die um 12 Uhr begann, wurde ein Gesetzentwurf über die Verlängerung der Pachtschutzordnung um weitere zwei Jahre dem Siedlungsausschuß überwiesen. Der sozialdemokratisch-demokratische Antrag über die Bestimmung des 11. August zum Nationalfeiertag geht an den Rechtsausschuß, ebenso ein von der Zentrumsfraktion neu angekündigter Antrag über den Schutz der gesetzlich anerkannten Feiertage.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau. Danach können Beamte bis zu zwei Drittel des Betrages, um den ihr Einkommen bzw. Ruhegehalt die Summe von 1560 M. im Jahre übersteigt, an ein von der Regierung bestimmtes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut oder gemeinnütziges Unternehmen abtreten. Die Abtretung ist nur zulässig zur Beschaffung, Verzinsung oder Tilgung von Darlehen, die durch Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden auf Wohnheimstätten gesichert sind oder gesichert werden sollen.

Indochina bedroht.

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der chinesischen Provinz Yünnan ist eine Militärrevolte ausgebrochen, der deshalb besondere Bedeutung zukommt, weil es sich um die Nachbarschaft der französischen Kolonie Indochina handelt. Die Straßenkämpfe sollen zehn Stunden gedauert haben, bis die Truppen des Generals Huyu dessen Rivalen mit einem Handstreich gefangen setzten. Durch Vermittlung des französischen Konsuls wurde dem gefangenen General und seiner Familie Leben und Sicherheit zugesagt, sie müssen jedoch innerhalb 48 Stunden die Provinz verlassen. Die Kämpfe selbst waren sehr verlustreich für beide Seiten, über 200 Verwundete fanden Aufnahme im französischen Hospital.

Bewersdorff. Unsere Mitteilung vom 7. Mai über die Verwerfung der Berufung des Landgerichtsdirektors Bewersdorff und der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil der Disziplinarkammer Naumburg ist insofern nicht zutreffend, als der Landgerichtsdirektor Bewersdorff nur wegen eines Vorganges aus dem Jahre 1921, der nichts mit dem Magdeburger Rothardt-Prozeß zu tun hat, verurteilt worden ist, und zwar nur zu einer Warnung, nicht zu einem Verweise.

Französische Kleinstadt.

Von Hans Flittard.

Der Marktplatz ist ein großes Viereck. Die Kastanien stehen in strengen Reihen. In letzter Blüte. Darunter ist Markttreiben. Die welken Blütenblätter fallen beim leisesten Wind. Hinunter auf Zinkeimer und Hammelkeulen. Oder auf das Kriegerdenkmal in der Mitte des Platzes. Eine Mutter, die still die Hände faltet. „Unsern Toten" und die zwei Jahreszahlen. Das ist die ganze Inschrift. Kein Flammenschwert oder Racheschwur. Nur Trauer, unendliche Trauer.

Auf der Mairie die Farben der Republik. Drinnen vier Beamte und ein Gemeindediener. Der schlürft zum schwarzen Brett und klebt eine Anzeige hinein. „Zimmermann Henry Dubois beabsichtigt Mademoiselle Yvonne Simon zu heiraten." Kein Mensch liest es; sie wissen es längst. Der Gemeindediener holt die große Trommel und spielt Zeitung. Zwölf und eine halbe Straße zählt die Stadt. Der Gemeindediener verkündet den Programmwechsel des einzigen Kinos. „Die Hütte am Waldessaum" oder so ähnlich.

Dann ist Mittag. Die Sonne glaft über der Stadt. Frauen stehen am Eingang der Schule und warten auf die Kinder. Da kommen sie, der Hans und der Peter. Hiek heißen sie Jean und Pierre. Das ist aber auch alles, was sie von unseren Kindern unterscheidet. Das Roznäschen ist genau so lang. Die Mütter putzen ebenso eifrig. Mit dem nassen Taschentuch. Wie in Deutschland.

Der Markt wird abgerissen. Schnell verschwinden die Buden, die Hammelkeulen und Zinkeimer.

Alles flüchtet vor der Hitze in die Häuser. Der Nachmittag döst vorüber. Ein Mädchen trägt Eiswasser in die Mairie. Es kann auch Schnaps sein. Den Nasen nach muß es sogar Schnaps sein.

Abend. Die Männer kommen von der Arbeit. Sie haben die Familie. In den drei Restaurants der Stadt essen die Unverheirateten. Spielen Karten oder Billard. Nebenbei geben sie den vielen fremden Arbeitern Unterricht in Französisch. Polen, Tschechen, Oesterreicher und ein Deutscher. Wir vertragen uns gut.

Heute ist Sonnabend. Der Geselligkeitsverein „Röschen" gibt einen Ball. Der Saal ist etwa 20 Zigarrenkisten groß. Die Kapelle hängt in einem Schwalbennest dicht unter der Decke. Eine Riesenpauke übertönt zwei Mandolinen und eine Gitarre. Die „Künstler" haben die Hemdärmel hochgekrempelt. Ihre Muskeln sind dick wie Eichenbohlen. Man reicht ihnen Bier. Sie krempeln die Aermel noch weiter hoch.

Drei Paare tanzen Charleston. Die haben nämlich Verwandte in Paris. Alle anderen bewegen sich und nennen es Tanz.

An den Wänden sitzen die Mütter. Sie halten die Mäntel und Strickjacken. Und freuen sich, wenn der Apothekergehilfe mit ihrer Tochter tanzt. Man kann nie wissen.

Um elf Uhr hat der Vorsitzende mit dem Beigeordneten einen Riesenkrach. Wegen der Kasse. Man schmeißt den Beigeordneten raus. Aus dem Ballsaal und aus dem Verein. Es geht vorüber. Der Vorsitzende trinkt einen starken Likör. Dann ist er wieder ganz Würde.

Um vier Uhr morgens ist es aus. Wir bringen die Mädchen nach Hause. Das dauert zwei Stunden. Wie in Deutschland.

Die Stadt schläft in den Sonntag hinein.

Die Frühaufsteher des Sonntags sind die Besitzer eines Autos. In unserer Stadt gibt es deren sechs. Die strahlen bald im Sonntagsglanz. Werden mit Schinkenbroten, Hutschachteln, Ehefrau und Kindern beladen. Dann geht es los.

Um zehn Uhr beginnt die Kirche. Oft kommen die Kirchgänger in alten Volkstrachten zum Gottesdienst. Denn in unserer Stadt gibt es einen Heimat- und Trachtenverein. Der Vorsitzende ist ein Lehrer. Sein Einfluß ist merklich am Schwinden.

Bei den jungen Mädchen reicht er eben noch bis zum Knie. Darunter kommen grellfarbige Strümpfe und moderne Spangenschühchen. Aus Schlangenhaut. Das ist hier der letzte Schrei.

Die Meßbücher sind sehr dick. Haben einen Goldrand und einen schweren Silberverschluß. Darum ist ein gesticktes Seidentuch.

Mittag. Wieder glaft die Sonne. Leer sind die Straßen. Die Rolläden an den Fenstern sind geschlossen.

Am Nachmittag geht die Familie durch die Gärten. Vater trägt einen Strohhut. Der ist zwanzig Jahre alt. Der kleine Jaques ist nur zehn. Aber wild. Ritsch — hat er sich ein Loch in den neuen Sommeranzug gerissen. Kriegt seine Keile vom Vater. Jaques heult und Mutter tröstet.

Der Spaziergang geht weiter. Die Syringen blühen. Vater hat seine Freude daran. Die Bohnen kommen gut heraus. Mutter hat blanke Augen. Jaques lutscht an einem Beruhigungsbonbon.

Es wird Abend. Paris funkt Tanzmusik. In den drei Restaurants wird Billard gespielt. Franzosen, Tschechen, Polen, Oesterreicher und ein Deutscher. Wir vertragen uns gut.

Einige fehlen heute abend. Die haben ein Rendezvous mit ihren Mädchen. Oft am Marktplatz. Die Kastanien dort geben tiefen Schatten. Die welken Blütenblätter fallen beim leisesten Wind. Hinunter in Zärtlichkeiten und le'e Worte.

Oder auf das Kriegerdenkmal. In der Mitte des Marktplatzes einer kleinen französischen Stadt.

Schwank um die Ebenbürtigkeit.

Die Autorschaft der Komödie „Abgemacht — Kuß" besteht aus einem ganzen Konsortium: Jwes Mirande, Gustave Quinson, und sage und schreibe Tristan Bernard. Trotzdem ist den drei französischen Köpfen nichts Originelleres entsprungen, als was ein einziger deutscher Schwankfabrikant sozusagen mit der linken Hand hinschreiben könnte. Der vornehme Marquis ist bis über die Ohren verschuldet und soll aus dem alten Familienschloß hinausgeworfen werden. Aber der biedere, durchaus nicht vornehme Weinhändler Boucatel, der mit dem Sohn des Hauses befreundet ist, hat ein gutes Herz. Obgleich er von der hochnäsigen Adelsfamilie wie ein Hund behandelt wird, kauft er das Schloß, um ihr die Schmach zu ersparen. Natürlich lohnt sie ihm das mit Undank. Der Marquis und sein Anhang sehen in dieser edlen Tat nichts weiter als eine aus Profitgier entsprungene Handlung. Endlich läuft dem Weinhändler doch die Galle über. Er überläßt der Familie des verschuldeten Marquis das Gut. Aus Rache besteht er aber auf einem provinziellen Brauch, nach dem den Abschluß eines Geschäfts die Partner durch einen Kuß besiegeln. („Abgemacht — Kuß", sagt der geschickte Uebersetzer Julius Elias statt des französischen Titels „Küsse mich".) Den Kuß verlangt er von der Hochnäsigsten der Familie, der Marquise Aurora. Sie empfindet dies Verlangen als die größte Demütigung ihres jungfräulichen Lebens, verlieb sich aber plötzlich in den biederen, energischen Mann aus dem Volke. Ja, einer Heirat steht sogar nichts mehr im Wege, da der alte Familienlord den Weinhändler adoptiert und damit zu einem Grafen mit ehrwürdiger Ahnenreihe macht. Der einfache Boucatel ist über die Lösung beglückt.

Wir sind es weniger. Ich wüßte nicht, was uns heute gleichgültiger wäre als die Frage der Ebenbürtigkeit. Die Komödie muß ein ehrwürdigeres Alter haben als die Familie, um die es sich im Schwank dreht. Wir freuen uns, wenn der Mann aus dem Volke der aufgeblasenen gräflichen Gesellschaft seine Meinung geigt. Männerstolz vor Fürstenthronen verfehlt nie seine Wirkung. Deshalb ist es unverständlich, wie ein Schriftsteller vom Range eines Tristan Bernard sich selbst um seinen Effekt bringt, indem er Boucatel über seine Erhebung in den Grafenstand glücklich sein läßt.

Wenn sich Eugen Klöpfer für sein Ensemblegastspiel im Lessingtheater ein so überaltertes Stück verschreibt, so ist das nur aus der Tatsache erklärlich, daß es eine Bombenrolle für ihn enthält. Es ist fabelhaft, mit welcher Biederkeit und Naturfrische Klöpfer seine Rolle hinlegt. Er plappert unaufhörlich, drei Akte lang. Die schlimmsten Verstöße gegen Takt und Geschmack können ihm nicht einmal die hochwohlgeborenen Spießer auf der Bühne übel nehmen. Aus jedem seiner Worte, aus seinem Tonfall und aus seinen abgehackten und breit ausladenden Gesten (an denen wie gewöhnlich auch seine Beine teilnehmen) spricht ein unwiderstehlich gutes Herz. Das macht dem Klöpfer so leicht keiner nach. Maria Fein, seine Partnerin, ist ihm noch einigermaßen gewachsen. Wie sich Klöpfer aber im übrigen sein Ensemble zusammengestellt hat, das schreit geradeswegs zum Himmel. Um niemand zu verletzen, wollen wir lieber keine Namen nennen. Die übrigen Darsteller stehen mit erschütternder Hilflosigkeit ihrem prominenten Kollegen gegenüber. Es ist ein Jammer. Dgr.

Wiedereröffnung der Wiener Universität. Die Wiener Universität wird am kommenden Montag wieder eröffnet, doch bleibt der Legitimationszwang bestehen. Die stürmischen Vorgänge, die zu der Schließung der Universität geführt haben, werden jetzt von einer Kommission untersucht. Das Untersuchungsergebnis wird am Montag dem akademischen Senat vorgelegt werden.

Festaufführungen der Woche. Dienst. Residenz-Theater: „Der Storch ist tot". — Donnerst. Theater i. d. Klosterstraße: „Kleine Sklavin". Schloßpark-Theater: „Der Vogelhändler". — Freit. Theater i. d. Kommandantenstraße: „Vorsicht! Bombe!"

Dauthendey-Feier. Anläßlich des 80. Geburtstages von Max Dauthendey veranstaltet Joh. Hinrichsen in seinen Räumen, Künstlerhaus, Bellevuestr. 3, am 23., 20¼ Uhr, eine Gedenkfeier. Mitwirkende: Walter v. Molo: Gedenkrede; Frau Ernestine Münchheim: Vorlesungen aus seinen Werken; Frau Hortense von Kettenach: Violine, Kapellmeister v. Bultée: am Flügel. Die Beteiligung kann nur gegen Einladung erfolgen.

Tagur in Rußland erwartet. Die Russische Akademie der Wissenschaften hat von Rabindranath Tagur aus Madras die Mitteilung erhalten, daß sich der Dichter im September nach Rußland zum Studium des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens in der Sowjetunion begeben werde.

Kuppelei.

Ein Nachwort zum Kolomak-Prozeß. — Doppelte Moral im Strafrecht.

Frau Kolomak, die Verfasserin des Buches „Vom Leben getötet", ist in Bremen wegen einfacher und schwerer Kuppelei zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wenn man die Frau Kolomak belastenden Tatsachen als bewiesen annimmt, wäre das Urteil nach dem Buchstaben des Gesetzes verhältnismäßig milde. Wenn... Aber das Urteil beruht in der Hauptsache nur auf den Aussagen einer Zeugin, die, wie unser Bremer Parteiblatt feststellt, selbst Prostituierte war, achtmal vorbestraft ist und obendrein ihre Absicht, die Angeklagte hineinzureiten, laut verkündet hat. Ein unerhört hartes Fehlurteil, so urteilt deshalb die „Bremer Volkszeitung".

Man mag die Beweisaufnahme werten, wie man will. Es bleibt das eine: die Verurteilung ist erfolgt auf Grund der Kuppeleiparagraphen, jener Paragraphen des Strafgesetzbuches, die rund herausgesagt, Verkörperung und Heiligung einer ungeheuerlichen gesellschaftlichen Lüge sind. Die Kuppeleiparagraphen beruhen auf dem Begriff der Unzucht. Was ist Unzucht? Nach dem Strafgesetz jeder außereheliche Geschlechtsverkehr, darüber hinaus „jedes gegen Zucht und Sitte verstoßende Handeln im Bereich des geschlechtlichen Verkehrs". Es genügt diese Feststellung, um die ungeheuerliche Heuchelei einer Strafgesetzgebung aufzuzeigen, die mit dem Leben nicht vereinbar ist. Es steckt darin ein Stück reiner Männermoral, die ohne „Unzucht" in der Praxis des Lebens nicht auskommt, und doch die „Unzucht" unter Strafe stellt. Doch nein, die Unzucht selbst ist nicht unter Strafe gestellt, sondern nur das der Unzucht Vorschub leisten. Juristisch an sich eine ungeheuerliche Konstruktion.

Die Geschlechtsmoral ist freier geworden und natürlicher. Sie ist im Begriff, sich von den Schlacken alter religiöser, asketischer Anschauungen, von dunklen selbstquälerischen Sündenbegriffen zu befreien, die für den einen innere Qual und Sichnichtzurechtfindenkönnen bedeutet haben, für den anderen aber die Grundlage zu bequemen, aber innerlich verlogenem Muckertum. Je weiter die Emanzipation der Frau fortschreitet, um so stärker wird hoffentlich die Zerstörung der gesellschaftlichen Lügen auf dem Gebiete der Geschlechtsmoral vor sich gehen. Gegenüber der ehrlicheswerdenden Geschlechtsmoral erscheint unsere aus einer zu Ende gehenden Epoche der Doppelmoral stammende Sittlichkeitsgesetzgebung nur um so unehrlicher.

Das muß grundsätzlich gesagt werden. Unsere Sittlichkeitsgesetzgebung ist ein Anachronismus. Es wird höchste Zeit, daß sie in den überkommenen Form verschwindet.

Aber der Kuppeleifall Kolomak? Nun, hier tritt die gesellschaftliche Lüge besonders kraß hervor. Geht man von dem Grundbegriff der Unzucht aus, so ist jedes Bordell und jeder bordellartige Betrieb Unzuchtbetrieb und Kuppeleibetrieb engros, jeder Bordellunternehmer strafbar nach den Paragraphen 180, unter Umständen auch 181 und 181a des Strafgesetzbuches. Der große, von Ebermeyer herausgegebene Kommentar zum Strafgesetzbuch (Kommentar der Reichsgerichtsräte) behauptet die Strafbarkeit. Richtunggebende Reichsgerichtsentscheidungen liegen vor, die die Strafbarkeit des Bordellhaltens feststellen, selbst bei polizeilicher Gestattung und Konzessionierung. Trotzdem haben die meisten deutschen Großstädte ihre Bordells, und man hört nichts von einem Einschreiten der Staatsanwaltschaften.

Die Bremer Staatsanwaltschaft und die Bremer Polizei haben den Kuppeleiprozeß gegen Frau Kolomak in Gang gebracht. Aber Bremen hat seine Helenenstraße, seine Bordellstraße. Ein vom Staat Bremen und der Polizei konzessionierter Unternehmer steckt die Mieten der kasernierten Prostituierten ein. Ein staatlich konzessionierter Kuppeleibetrieb engros.

Dieselbe Polizei, die Frau Kolomak wegen Kuppelei niedergehetzt hat, ist der Teilnahme an einem großzügigen Verstoß gegen die Kuppeleiparagraphen schuldig. Und die Staatsanwaltschaft? Sie hat das Verbrechen der kleinen Frau Kolomak gesehen, aber sie veranlaßt nichts gegen das Verbrechen des konzessionierten Großunternehmens des Bremer Staates. Die Bremer Staatsanwaltschaft hat — wie die Staatsanwaltschaften überhaupt — in Hinsicht auf den Kuppeleiparagraphen den Boden des Legalitätsprinzips verlassen. Sie muß der Oeffentlichkeit also das Recht zugestehen, ihr Vorgehen unter dem Gesichtspunkt der Opportunität zu beurteilen. Da ergibt sich: eine Frau ist unbequem geworden. Sie hat das System angegriffen, das System, das auf der gesellschaftlichen Lüge beruht. Sie wird verfolgt, wird verurteilt — aber gegen die Kuppeleibetriebe engros geschieht nichts.

Vielleicht sagt man, daß eine gewisse Großzügigkeit und Freiheit in der Anwendung des Kuppeleiparagraphen notwendig sei angesichts der wirklichen sozialen Verhältnisse und angesichts der Praxis des Lebens? Ist es so, dann ist es höchste Zeit, daß der Kuppeleiparagraph verschwindet. Dann ist aber auch die Frage gerechtfertigt: warum, aus welchen außerrechtlichen Gründen ist die Strafverfolgung gegen Frau Kolomak eingeleitet worden?

Hier ist ein Fall der doppelten Moral im Recht. Frau Kolomak ist verurteilt. Aber ein Rechtsspruch? Nimmermehr!

Es wird weiter hingerichtet.

Zwei Polen in Charkow erschossen.

Moskau, 18. Juni. (Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Knypinski und Werzbowicz, zwei polnische Spione, die im Herbst 1926 unberechtigt in die Ukraine gekommen waren mit dem Auftrag, einige Mitglieder der Ukrainer Regierung zu ermorden, wurden in einer außerordentlichen Session des Charkower Gerichts zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil ist vollstreckt worden.

Die Entscheidung über Kowerda hinausgeschoben.

Warschau, 18. Juni. (TU.) Die Frage der Milderung des Urteils gegen Kowerda ist auf einige Zeit hinausgeschoben worden. Amtlich heißt es, dies sei darauf zurückzuführen, daß der Staatspräsident sich auf eine mehrtägige Reise nach Lublin und Kreis begeben habe.

De Valera gegen den Königseid. Der Führer der Republikaner des Freistaates Irland, De Valera, erklärte, die republikanischen Abgeordneten würden unter keinen Umständen dem König den Huldigungseid leisten. Sie würden nur der irischen Nation huldigen.

Das Unwetter der letzten Nacht.

Blitzeinschläge und Sturmverwüstungen überall.

Ueber Groß-Berlin und seine Vororte ging in der vergangenen Nacht ein schweres Gewitter nieder, das von einem wolkenbruchartigen Regen begleitet war.

Gegen ½3 Uhr setzte das Unwetter ein — nachdem es den Tag vorher drückend heiß gewesen war — und erst um ½6 Uhr morgens fand der Regen sein Ende. Auffallend groß war die Zahl der elektrischen Entladungen, minutenlang war oft der Horizont wie in Feuer gehüllt, zahlreiche tieferliegende Straßenzüge, in denen die Wassermengen nicht genügend schnellen Abfluß fanden, wurden überflutet. Besonders schwer wurde Spandau und Umgegend heimgesucht. So wurde morgens gegen ½6 Uhr die Spandauer Feuerwehr nach dem Eiswerder gerufen, wo ein Blitzstrahl im Dachstuhl der ehemaligen Pulverfabrik, in der jetzt eine Krepp-Papierfabrik arbeitet, gezündet hatte. Als die Wehren an der Brandstätte eintrafen, brannte das Dach in großer Ausdehnung lichterloh. Es mußte aus zahlreichen Schlauchleitungen stundenlang Wasser gegeben werden. Noch bis gegen 11 Uhr waren die Wehren mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Der Sachschaden ist sehr groß. — Auf der Falkenhagener Chaussee bei Spandau wurden durch einen

Wirbelwind fünfzig alte und starke Bäume entwurzelt,

die sich zum Teil quer über die Chaussee legten. Die alarmierte Feuerwehr beseitigte das Verkehrshindernis. Auch in Borsfelde an der Scharfen Lanke knickte der Sturm 20 bis 30 starke Bäume wie Streichhölzer.

In Siemensstadt schlug der Blitz an der Ecke Siemens- und Ohmstraße in einem Straßenbeleuchtungsmast und zerstörte diesen; das ausströmende Gas entzündete sich. Der Feuerwehr gelang es erst nach halbstündiger Tätigkeit, die Gefahr zu beseitigen.

In der Kolonie Wendenheide bei Spindlersfeld schlug der Blitz in ein Wohnhaus ein, wobei Betten und Gardinen in Brand geriet. Personen wurden zum Glück nicht verletzt. Die Köpenicker Feuerwehr löschte den Brand nach kurzer Zeit. Der Blitzstrahl hatte seinen Weg, wie später festgestellt wurde, durch den Schornstein genommen, war aus der Kochmaschine wieder herausgetreten und entwich durch das Fenster.

In Schmargendorf in der Friedrich-Haller-Straße und in der Soldiner Straße im Norden Berlins hatte die Feuerwehr mit der Bekämpfung von Kleinfeuern zu tun, die vermutlich ebenfalls durch Blitzschlag entstanden sind. — Am Bahnhof Witzleben platzte ein Wasserrohr, so daß große Wassermengen ausströmen konnten. Die Feuerwehr beseitigte den Schaden durch Einschalten der Sicherheitsschieber. — In Wilhelmshagen vermochte ein Sammelbecken, in das die Niederschlagswasser abfließen, die Wassermengen nicht mehr aufzunehmen, so daß sich ein Sturzbach auf die Straße ergoß und diese überschwemmte. Die Köpenicker Feuerwehr versuchte den Schaden mit einer Motorspritze zu beheben.

*

Wie uns mitgeteilt wird, gehört das gestern nacht über Berlin niedergegangene Gewitter zur Klasse der Frontgewitter, deren Eigenart es ist, daß sie in einer breiten Front, etwa in der Form eines schmalen Bandes, über weite Landstrecken hinwegziehen. Das Gewitter selbst leitete den Uebergang aus einer warmen südöstlichen Luftströmung in eine etwas kühlere westliche ein. Das Gewitter lag am Freitag morgen noch in Mittelfrankreich; nahm seinen Weg nach Holland und erreichte in den Nachmittags- und Abendstunden Nordwestdeutschland. Besonders Hamburg wurde abends gegen 9 Uhr schwer betroffen. Gegen 3 Uhr nachts war das Gewitter über Berlin. Es wird jetzt eine Periode vorwiegend wolkigen und etwas kühleren Wetters einsetzen. Jedoch ist mit stärkeren Regenfällen nicht zu rechnen.

Wettervoraussage für morgen: Wolkig, etwas kühler, keine starken Regenfälle.

Was wird aus dem Südgelände?

Die Stadt Berlin soll es kaufen.

Der Magistrat hat jetzt der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, durch die er den Ankauf des vielumstrittenen Schöneberger Südgeländes beantragt. Er sagt in der Begründung, das Bauprojekt der Amerikaner sei gescheitert und Berlin solle selber kaufen. Nach Abzug der für Straßen und Plätze erforderlichen Flächen bleiben 110½ Hektar Bauland, wovon erst 17 Hektar der Stadt gehören. Die meisten der beteiligten Eigentümer haben ihr Land dem Magistrat mit Bindung nur bis 30. Juni zum Kauf angeboten. Der Kaufpreis soll 9,50 M. je Quadratmeter betragen. Für die bisher angebotenen 62½ Hektar würde der Kaufpreis sich auf annähernd 6 Millionen Mark stellen. Dem Erwerb des Restes stehen noch formell und materiell rechtliche Schwierigkeiten entgegen, und zum Teil sind die Eigentümer auch noch nicht zum Verkauf geneigt. Der amerikanischen Unternehmergruppe soll für die ihr schon entstandenen Kosten und für Verzicht auf ihr Kaufrecht eine Abfindung von 100 000 M. gezahlt werden. Die Kosten des Kaufes wären durch eine künftige Anleihe zu decken.

Chamberlin fliegt nach München und Wien.

Start: Sonntag früh 9 Uhr in Tempelhof.

Chamberlin und Levine werden mit der „Columbia", deren Motor inzwischen wieder instandgesetzt ist, am morgigen Sonntag früh um 9 Uhr vom Tempelhofer Feld zum Flug nach München und Wien starten. Bis nach der bayerischen Hauptstadt werden ihnen zwei dreimotorige Großflugzeuge der Lufthansa das Geleit geben. In der einen werden Frau Chamberlin, Legationsrat Thomsen von der Presseabteilung der Reichsregierung, sowie amerikanische Journalisten Platz nehmen, während in dem anderen Flugzeug Frau Levine, Polizeipräsident Zörgiebel, Polizeioberst Heimannsberg, Berliner Journalisten und ein Vertreter der Lufthansa folgen werden.

Eine neue Stätte für den Versuchsflughafen.

Der Magistrat schlägt Rittergut Britz vor.

Die Stadtverordnetenversammlung hat noch kurz vor dem Beginn ihrer Sommerferien sich über wichtige Fragen zu entscheiden. Der Magistrat legt ihr jetzt den Antrag vor, einen Teil des der Stadt gehörenden Ritterguts Britz an die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt zu verpachten, die das von ihr bisher in Adlershof benutzte Gelände im Jahre 1929 räumen muß und nach einem anderen Heim zu suchen genötigt ist.

Die Magistratsvorlage betont, daß jetzt eine baldige und endgültige Entscheidung darüber getroffen werden muß, nach welchem Ort die Anstalt verlegt werden soll. Wegen der Unsicherheit der Zukunft dieser Anstalt sei der Neubau von Prüfeinrichtungen größeren Umfanges schon seit längerer Zeit unterblieben. Angesichts der Bewerbungen anderer Städte, die für die Aufnahme der Anstalt günstige Bedingungen stellen, müsse Berlin sie zu behalten suchen. Bei einer Verlegung nach außerhalb werde der Berliner Arbeitsmarkt wegen des Ausfalls von Bauaufträgen einen Verlust haben und Berlins wissenschaftlicher Ruf und der flugtechnische Unterricht an der Berliner technischen Hochschule werde schweren Schaden erleiden.

Von den beiden Vorschlägen, die Anstalt nach Britz oder nach Rudow zu verlegen, hält der Magistrat den ersteren für besser. In seiner Vorlage führt er zur Begründung der Verlegung nach Britz unter anderem an, Britz sei leichter zu erreichen, die Versorgung der Anstalt mit Wasser, Gas, Elektrizität usw. werde dort geringere Anlagekosten erfordern, die Lage zu dem Lufthafen in Tempelhof sei günstiger, für das Luftfahrtmuseum und die luftfahrttechnische Lehrsammlung biete sich in dem Gutsgebäude Britz eine gute Unterkunft. Im übrigen habe die deutsche Versuchsanstalt für Luftschiffahrt selber abgelehnt, nach Rudow zu gehen. Der Pachtvertrag über das ihr in Britz zugedachte Gelände von 101 Hektar soll auf 30 Jahre geschlossen werden. Der Pachtpreis ist mit jährlich 42 000 M. errechnet worden.

Noch bis Ende Juni wird die Stadtverordnetenversammlung zu diesem Plan Stellung zu nehmen haben.

Schwere Ausschreitungen Betrunkener.

Wie die Hunnen hausten in der vergangenen Nacht eine Anzahl betrunkener Männer in der Gegend der Alten Schönhauser Straße. Gegen 12½ Uhr kamen vom Senefelderplatz her zwei Kraftdroschken vor dem Café „New York" in der Alten Schönhauser Straße 59 vorgefahren. 12 bis 16 Mann, alle schwer betrunken, entstiegen ihnen, drangen geschlossen in das Café ein, fielen ohne weiteres über den Wirt her, mißhandelten ihn, belästigten die Gäste und schlugen alles kurz und klein, Tische und Stühle, Gläser und Geschirr. Zwei Mann hielten das Telephon besetzt, so daß der Wirt keine Hilfe herbeirufen konnte. Als die Bande merkte, daß der Tumult auf der Straße Aufsehen erregte und Leute anlockte, verschwand sie geschlossen aus dem Lokal, bestieg wieder die Wagen und jagte in der Richtung nach der Schönhauser Allee zu davon. Der Kellner Josef Heiner aus der Kantstraße hatte mehrere so wuchtige Schläge über den Kopf erhalten, daß er die Rettungsstelle aufsuchen mußte. Vor der Tür hatte sich bereits eine große Menschenmenge angesammelt, die es aber nicht wagte, die Rowdys anzuhalten. Zwei Stunden später, gegen 3 Uhr, wurde in der Alten Schönhauser Straße beobachtet, wie vier betrunkene Männer ohne jede Veranlassung über einen harmlosen Passanten herfielen und mit den Fäusten auf ihn einschlugen. Schupobeamte faßten diese vier und brachten sie nach der Wache des 7. Reviers. Es wurde festgestellt, daß sie zu den nächtlichen Besuchern des Café „New York" gehörten. Die anderen werden noch gesucht. Die Verhafteten wissen keinen Grund für ihr unglaubliches Vorgehen anzugeben. Ein Racheakt liegt in keinem der beiden Fälle vor.

Wieder verdorbenes Fleisch?

18 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.

In Neukölln sind am vergangenen Donnerstag 18 Personen unter Vergiftungserscheinungen, die sich vornehmlich in Brechreiz äußerten, leicht erkrankt. Drei von ihnen fanden im Krankenhaus Aufnahme. Lebensgefahr soll nicht bestehen. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen die Krankheitserscheinungen auf den Genuß von Hackfleisch, das von einem dortigen Fleischer bezogen wurde, zurückzuführen sein. Einige Fleischreste wurden zum Zwecke der Untersuchung beschlagnahmt. Das Fleisch war ordnungsgemäß abgestempelt und vom Schlachthof bezogen worden. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß die Vergiftungserscheinungen auf andere Ursachen zurückzuführen sind. Die Untersuchungen sind im Gange. Durch das unausgesetzt wechselnde Wetter wird das Verderben von Fleisch ungemein gefördert.

Mit dem Rasiermesser.

Rache eines verschmähten Liebhabers.

Eine blutige Eifersuchts- und Racheszene spielte sich am späten Abend des Freitag in dem Hause Loewestr. 3 ab. Eine 20 Jahre alte Grutrud F., die dort wohnt, hatte ihr Verlöbnis mit dem 27 Jahre alten Installateur Kurt Fischer aus der Andreasstr. 34 kürzlich aufgehoben. Fischer, der sehr eifersüchtig war, verfolgte sie seitdem unausgesetzt. Am Freitag abend wußte er, daß das Mädchen allein in der Wohnung war. Er schlich sich in das Haus ein und klingelte um 11 Uhr. Als das Mädchen, die Angehörige vor der Tür vermutete, öffnete, drang er ein und verlangte Wiederherstellung des Verhältnisses. Das Mädchen lehnte das jedoch entschieden ab und versuchte den Zudringlichen hinauszudrängen. Da nahm er ein Rasiermesser und drang auf die frühere Braut ein, um ihr den Hals durchzuschneiden. Als ihm das nicht gelang, die Angegriffene vielmehr mit einer unbedeutenden Verletzung an der Kehle davonkam, schnitt er ihr die ganze rechte Wange auf, ergriff dann die Flucht und entkam. Hausbewohner, die gerade heimkehrten, fanden das verletzte Mädchen auf und brachten es nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Der Flüchtige wird noch gesucht.

Ein ungetreuer Postbeamter.

Ueber das Verschwinden von Einschreibebriefen, die Geld enthielten, beklagten sich wieder einige Empfänger bei einem hiesigen Postamt. Einige Briefe, die zwar angekommen, aber ihres Inhalts beraubt worden waren, enthielten so undeutliche Stempel, daß die Ermittlungen schwer waren. Der Verdacht fiel schließlich auf einen 28 Jahre alten Postbeamten Fritz H. Als man überraschend seine Taschen untersuchte, fand man darin vier Fünfmarkscheine. H. behauptete, daß sie sein Eigentum seien. Nun hatte aber der Absender eines eingeschriebenen Briefes sich die Nummern von vier Fünfmarkscheinen, die er eingelegt hatte, aufgeschrieben. Es waren gerade die Nummern der Scheine, die H. besaß. So konnte er nicht mehr leugnen, und jetzt gab er auch die anderen Veruntreuungen, die ihm im ganzen 70 M. eingebracht hatten, zu. Der Ungetreue wurde sofort aus dem Dienst entfernt und festgenommen.

Genosse Ernst David gestorben. Dieser Tage ist in Berlin Genosse Ernst David gestorben. Er war seit Juni 1903 ein eifriges Mitglied der Partei und gehörte zu den Männern, die im stillen wirken. Besonders wirkte er im Anfang dieses Jahrhunderts in der Stadt Posen, gewissermaßen auf verlorenem Posten. Außerdem war er im oberschlesischen Kohlenbezirk und in Breslau tätig. Im Jahre 1919 mußte er Posen verlassen, nachdem es polnisch geworden war, da er dort einer der wegen seiner Tätigkeit für die Partei Bestgehaßtesten war. Er wurde interniert, in Schutzhaft genommen und hatte überhaupt Verfolgungen verschiedener Art zu erleiden. Er siedelte nach Berlin über, aber ein schweres Herzleiden hinderte ihn, sich in den letzten Jahren noch persönlich an der Parteiarbeit zu beteiligen. Die Beerdigung findet Sonntag vormittag 11 Uhr, auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee statt.

Beiratstagung des Baugewerksbundes.

Ein erfreulicher Aufstieg.

Am 13. und 14. Juni tagte eine Konferenz des Vorstandes und Beirats vom Deutschen Baugewerksbund in Hamburg. Zunächst gab der Vorsitzende, Genosse Paeplow, einen ausführlichen Bericht über den derzeitigen Stand des Deutschen Baugewerksbundes. In der Zeit vom 31. Dezember 1926 bis zum 31. März 1927 hat der Mitgliederstand in erfreulicher Weise zugenommen. Die Gesamtmitgliedschaft des Baugewerksbundes betrug am letztgenannten Tage 351 552. Ein weiteres Steigen der Mitgliederzahl zeigt die jetzt von Woche zu Woche steigende Auflage des Bundesorgans.

Trotz erhöhter Bautätigkeit ist der Stand der Arbeitslosigkeit immer noch wenig günstig; Ende Mai wurden immer noch 7,13 Proz. arbeitslose Mitglieder gezählt. Diese Zahl sei jedoch gegenüber den Zahlen im Vorjahre günstig zu nennen; denn Ende Mai 1926 zählte der Deutsche Baugewerksbund immer noch 23 Proz. arbeitslose Mitglieder. Es frage sich nur, ob der bessere Beschäftigungsgrad im Baugewerbe von anhaltender Dauer sein wird. Nach Aeußerung verschiedener Pressestimmen dürfte die Bautätigkeit schon im Juli wieder nachlassen. Trete dies ein, so würde

die Wohnungsnot zur dauernden Einrichtung.

Vom 1. April bis zum 9. Juni zeigte die Hauptkasse einen reinen Geldzuwachs von rund 1,5 Millionen.

Einen breiten Raum in den Ausführungen des Redners beanspruchte dessen Bericht über die vorhergegangenen Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband (Keramischer Bund) wegen Abgrenzung der Organisationsgebiete. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Nunmehr hat der Vorstand des ADGB. Vorschläge gemacht, die für den Baugewerksbund völlig unannehmbar sind. Die Vorschläge des Vorstandes vom ADGB. hat der Vorstand des Baugewerksbundes nicht beantwortet. Jedenfalls sei in diesen und ähnlichen den Baugewerksbund angehenden Grenzstreitigkeiten das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der nächste Bundestag wird dazu Stellung zu nehmen haben.

Anschließend berichtete der 2. Vorsitzende des Bundes, Bernhard, über das Verhalten verschiedener Grenzverbände bei Beantragung der Allgemeinverbindlicherklärung ihrer Arbeitsverträge. Die Allgemeinverbindlicherklärung solcher Arbeitsverträge werde beantragt ohne irgendwelches vorherige Einvernehmen mit dem Baugewerksbund, obwohl auch dieser an den Verträgen stark interessiert ist. Gegen ein solches Verfahren müsse ganz entschieden Einspruch erhoben werden.

In der Aussprache war ein starker Unwille mit der Haltung des Vorstandes vom ADGB. in der Frage der Grenzstreitigkeiten und Grenzberichtigungen mit anderen Verbänden zu bemerken.

Das Problem der Industrieorganisation

verschwinde immer mehr im Hintergrunde, soweit es sich um einen allgemeinen Baugewerksbund handelt. Dagegen scheut man sich nicht, zugunsten anderer Verbände Vorschläge zu machen, ohne Rücksicht auf die Förderung der gewerkschaftlichen Stoßkraft einzelner Gruppen des Baugewerksbundes.

Hierauf sprach Niendorf vom Bundesvorstand zum Berufsausbildungsgesetz und wies an Hand des Entwurfs manche Mängel dieses Gesetzes nach. Dann sprach Bernhard über den Reichstarifvertrag, Bezirkstarifverträge, Haupttarifamt und die Arbeitszeit im Baugewerbe. Gegen die bei der Reichsarbeitsverwaltung beantragte Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe liegen Einsprüche vor vom Deutschen Städtetag, vom Kommunalverband und auch vom Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister. Die letztgenannte Organisation protestiert gegen die Allgemeinverbindlichkeit des § 6 des Vertrages, der in Fragen des Lehrverhältnisses eingreift. Trotzdem dürfte die Allgemeinverbindlichkeit des Vertrages demnächst ausgesprochen werden. Mit dem Haupttarifamt in Berlin seien die Bauarbeiterorganisationen besser gefahren als mit dem im Jahre 1926 eingesetzten Zentralschiedsgericht. Immerhin bringe auch das Haupttarifamt nicht volles Verständnis auf für die schwierige wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter. Das Haupttarifamt wird in nächster Zeit zu mehreren grundsätzlichen Fragen in dem Vertrag Stellung nehmen und entscheiden müssen. Die tägliche Dauer der Arbeitszeit ist meist örtlich geregelt;

die 48-Stunden-Woche als Maximum

ist dabei überall gewahrt worden. Alles wird aufgeboten werden müssen, um die Bestimmungen des Reichstarifvertrages in jeder Weise zugunsten der Bauarbeiterschaft zu beeinflussen.

Die Aussprache über all diese Fragen zog sich bis in die späten Abendstunden des ersten Verhandlungstages hin. Eine Fülle von Anregungen und praktischen Winken wurde zum Ausdruck gebracht.

Am nächsten Verhandlungstage traf die Konferenz die Vorbereitungen zum 2. ordentlichen Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes, der am 25. September 1927 in Dresden beginnt. Notwendige Satzungsänderungen wurden beschlossen. Ferner soll neben den üblichen Beratungsgegenständen auf dem Bundestag auch gesprochen werden über „Gewerkschaften und Arbeitsrecht" und „Die Stellung der Gewerkschaften zur Wirtschaft". Dem Bundestag voraus gehen die Verbandstage der im Baugewerksbunde vereinigten Fachgruppen.

Die etwaige Sitzverlegung des Baugewerksbundes von Hamburg nach Berlin zeitigte eine längere Aussprache. Stark überwiegend herrschte die Meinung vor, daß es endlich an der Zeit sei, aus Nützlichkeitsgründen den Sitz des Bundes nach Berlin zu verlegen. Fast einstimmig wurde beschlossen, diese Frage auf dem Bundestag zur Tagesordnung zu stellen und einen Beschluß darüber herbeiführen zu lassen.

Hilfe für die Saararbeiter.

Die Gewerkschaften als Hilfsorgane.

Schon vor Pfingsten sind zur Linderung der Not der Saararbeiterschaft zwischen den maßgebenden Stellen Verhandlungen geführt worden. Wie wir hören, wird die Unterstützungsaktion von den Gewerkschaften durchgeführt werden. Von den Verbänden werden zurzeit zwecks Feststellung der Bedürftigen Fragebogen ausgefüllt. Nach deren Fertigstellung soll die Ausschüttung der Unterstützung vor sich gehen. Es ist also damit zu rechnen, daß in etwa 10 bis 14 Tagen die Hilfsaktion wirksam wird.

In erster Linie soll den Bergarbeitern, die unter Lohnabbau und Feierschichten schwer zu leiden haben, Hilfe zuteil werden. Da aber auch in anderen Berufen genug Unterstützungsbedürftige vorhanden sind, wäre eine Erweiterung der Unterstützungsaktion durch Bereitstellung einer besonderen Reserve am Platze.

Reichlich spät hat sich, wie verlautet, die französische Bergwerksdirektion entschlossen, den von den Feierschichten betroffenen Bergarbeitern wenigstens insofern entgegenzukommen, als sie die Frauen- und Kindergeldzulagen nachträglich auszahlen lassen will. Die Hilfsaktion hätte übrigens schon längst einsetzen müssen; denn die Not hat unter der Arbeiterschaft, vor allem im Bergbau, eine Verzweiflungsstimmung geschaffen, die der kommunistischen Bewegung Wasser auf die Mühlen liefert. Schließlich hat man auch schon in früheren Jahren, als Not am Mann war, wie 1923 und 1925, Unterstützungsaktionen durchgeführt. Wozu also erst lange diplomatische Leisetreterei?

Der Fall Hodges.

Der Versuch einer Spaltung der Bergarbeiter.

London, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Unter Führung des wegen seiner Haltung während des Kohlenstreiks aus der Arbeiterpartei ausgeschlossenen Bergarbeiterführers Spencer haben sich in den letzten Monaten sogenannte „nichtpolitische" Bergarbeiterverbände gebildet, welche, wenn auch nicht gerade „gelbe" Organisationen darstellend, doch im ausgesprochenen Gegensatz zu dem offiziellen Bergarbeiterverbande stehen. Diese Organisationen beabsichtigen nunmehr sich zu einem Zentralverbande zusammenzuschließen. Der Posten eines Generalsekretärs, dieser neuen geplanten „Föderation" ist dem mit Ende dieses Monats von seiner Position als internationaler Sekretär zurückgetretenden Frank Hodges angeboten worden.

Man wird in diesem Schritt angesichts der Gegnerschaft Hodges gegen die Politik des alten Verbandes nichts Erstaunliches finden können. Hingegen wird man es auffallend finden müssen, daß Frank Hodges in einem Pressekommentar — weit davon entfernt, eine solche Zumutung mit Entrüstung zurückzuweisen — mitgeteilt hat, daß er zwar noch keinen Beschluß gefaßt habe, den Vorschlag aber überlege. Diese Mitteilung Hodges zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit sich der einst so angesehene Hodges, der im sozialistischen Kabinett Macdonalds trotz seiner 35 Jahre einen Ministerposten bekleidet hatte, von der sozialistischen und freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung entfernt hat. Das Verhalten des früheren Generalsekretärs der britischen Bergarbeiter und bisherigen internationalen Bergarbeitersekretärs hat sich nachgerade zu einem „Fall Hodges" ausgewachsen. Hier ist ein hochbegabter Proletarier, in frühen Jahren vom Glücke begünstigt und von seinen Kollegen zu führenden Vertrauensstellungen berufen, von bürgerlichen Politikern umschmeichelt, von konservativen Zeitungen als „Staatsmann" gerühmt, einem ständigen Platzregen bürgerlicher Lobhudeleien ausgesetzt. Der Fall Hodges zeigt blitzlichtartig die Gefahren, die sich aus der Verwischung der Trennungslinie zwischen dem bürgerlichen und proletarischen Lager einstellen, wie sie in England üblich ist. Frank Hodges ist ein Opfer seines Ehrgeizes und seiner Eitelkeit geworden.

Vereinbarung der Angestellten des Ruhrbergbaues.

Essen, 17. Juni. (WTB.) Mit den Angestelltenverbänden des Ruhrbergbaues wurden in freier Vereinbarung die Verhandlungen über die Abänderung des vom Zechenverband zum 1. August gekündigten Tarifvertrages für die technischen Angestellten abgeschlossen. Redaktionelle Fassung und Unterschrift des Abkommens erfolgen am Montag durch eine besondere Kommission.

Englisch-russische Gewerkschaftsberatungen.

Moskau, 17. Juni. (WTB.) Das Präsidium des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften veröffentlicht seine Korrespondenz mit dem Generalrat der englischen Gewerkschaften in der Frage einer Einberufung des anglo-russischen Komitees. Diesem Briefwechsel zufolge ist eine Zusammenkunft zwischen den Vorsitzenden und den Sekretären beider Delegationen zu einer Vorberatung in Berlin anberaumt. Tomski und Melnitschanski sind bereits nach Berlin abgereist.

Streik auf fünf Werften am oberen Clyde.

London, 17. Juni. (WTB.) Etwa tausend auf fünf Werften am oberen Clyde beschäftigte Nieteinschläger sind heute in den Ausstand getreten, um gegen die neue Lohnstaffelung zu protestieren.

Aufgehobene Sperren. Den Tarifvertrag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten und den paritätischen Arbeitsnachweis haben folgende Betriebe anerkannt: Waldschänke Sadowa und Restaurant Freibad Bahnhof Rahnsdorf, für beide Betriebe Inh. Töldte. Restaurant Seeschloß, Heiligensee, Inh. Elsner. Restaurant Heideschlößchen, Inh. Baidukat, Tegelort. Gesellschaftshaus Hessenwinkel b. Friedrichshagen, Inh. Felix Albrecht. Die Sperre über diese Betriebe wird hiermit aufgehoben.

Grundfragen des Arbeitsrechts. Fünf Vorträge von Hugo Sinzheimer, Georg Flatow, Heinz Potthoff, Clemens Nörpel, Lutz Richter. Herausgegeben von Gertrud Hermes. 56 Seiten. 1927. Berlin. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H. 1,80 M.

Die Broschüre will den Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen arbeitsrechtlichen Praxis und der Wissenschaft befestigen. Sie bietet nicht eine Einführung in Gesetzestexte und Verordnungen ihrem Wortlaut nach, sondern stellt das große Gebiet des Arbeitsrechts in seinen wissenschaftlichen, politischen und sozialpädagogischen Beziehungen dar. Nach einer allgemeinen Einleitung von Sinzheimer, die in den Geist und die Grundprobleme des Arbeitsrechts einführt, behandelt Flatow die geschichtliche Entwicklung und den heutigen Stand des Arbeitsrechts, Potthoff den von der Arbeiterschaft zu fordernden Ausbau, Nörpel die Stellung und die Aufgaben der Gewerkschaften. Ein Schlußartikel von Lutz Richter ist der Praxis des arbeitsrechtlichen Unterrichts gewidmet. In dieser reichhaltigen Zusammenstellung bietet die Broschüre jedem Gewerkschafter reiche Belehrung; gemeinverständliche Ausdrucksweise macht sie auch einem weniger geschulten Gewerkschafter zugänglich.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Wirtschaft

Die Sanierung der Rhenania-Kunheim A.-G. Wir hatten bereits zu der Sanierungsaktion der Rhenania-Kunheim Aktiengesellschaft, Berlin, Stellung genommen. Der vorgeschlagene scharfe Einschnitt in das Kapital durch Zusammenlegung von 20,5 auf 10 Millionen wurde von der Generalversammlung der Gesellschaft genehmigt. Die dabei erzielten Buchgewinne von über 12 Millionen Mark werden allein zu außerordentlichen Abschreibungen auf die Anlagewerte in Höhe von 11,4 Millionen Mark verwendet. In der vorliegenden Bilanz für 1926 sind bereits die ersten Vorboten der jetzt erst zur Durchführung kommenden Sanierung bemerkbar. Die im Vorjahr noch mit 4,5 Millionen Mark ausgewiesenen Beteiligungen sind durch umfangreiche Verkäufe bis auf 0,5 Millionen Mark verringert, aus deren Erlös die im Herbst bis auf 6,5 Millionen angewachsenen Bankschulden bis auf 4,1 Millionen abgezahlt werden konnten. Die Verwaltung rechnet damit, im Laufe des Jahres durch weitere Verkäufe die restlichen Bankschulden aus eigener Kraft nahezu gänzlich tilgen zu können. In den laufenden Konten macht sich eine ganz bedeutende Erleichterung der Finanzlage bemerkbar. Während in der Vorjahrsbilanz den insgesamt 11,1 Millionen Schulden nur etwas mehr als die Hälfte an Guthaben gegenüberstand, werden jetzt gegen rund 8,0 Millionen Mark Schulden etwa 7,0 Millionen an Guthaben ausgewiesen. Der im Vorjahr verbliebene Geschäftsverlust von rund 650 000 M. wird durch die Sanierungsmaßnahmen mit abgedeckt. — Die Belegschaften und Angestellten des Konzerns sind durch die in Verbindung mit den Reformmaßnahmen eingetretenen Zusammenlegung der Betriebe und Bureaus hart betroffen worden. Ihre Zahl ist von über 3000 auf 2000, also um ein Drittel, zusammengeschmolzen und hat auch in den letzten Monaten trotz der Belebung des Geschäftes keine nennenswerte Zunahme erfahren.

Auch der Mannesmannröhren-Konzern baut. Kürzlich wurde von den Vereinigten Stahlwerken gemeldet, daß im größten Umfang neue Koksofenserien errichtet werden. Jetzt errichten die Mannesmannröhrenwerke auf der Zeche „Konsolidation" in Gelsenkirchen sechzig moderne Koksöfen, so daß sich die Zahl der Koksöfen im Mannesmannröhren-Konzern auf 412 erhöht. Natürlich werden die Mittel hierzu auch beim Mannesmannröhren-Konzern aus dem laufenden Betrieb genommen. Die vom Reichskohlenrat eingesetzte Prüfungskommission, die jetzt ins Ruhrgebiet reist, wird gut daran tun, bei ihren Untersuchungen über die Notwendigkeit der Kohlenpreiserhöhung auch diese Investitionen aus laufenden Mitteln zu berücksichtigen.

Der deutsche Chemietrust in Rußland. Die Nachricht bestätigt sich, daß die J. G. Farbenindustrie A.-G. Frankfurt mit dem Allrussischen Textilsyndikat über die Errichtung einer Kunstseidenfabrik in Rußland verhandelt. Geplant ist die Uebergabe von Patenten des Chemietrusts und die Stellung technischer Kräfte, wofür die J. G. Farbenindustrie A.-G. am Gewinn des Unternehmens beteiligt werden soll.

Aus der Partei.

„Arbeiterwohlfahrt."

Im neuen Heft der „Arbeiterwohlfahrt" gibt Genossin Wachenheim eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Kieler Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt und des Treffens der sozialistischen Fürsorgerinnen auf der Elgersburg. Genosse Nölting, Direktor der Berliner Wirtschaftsschule, gibt unter dem Titel „Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege" eine interessante Abgrenzung der Begriffe und eine Darstellung der Aufgaben von „Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege" bei der heutigen Wirtschaft. Genossin Turnau stellt die Forderungen, die die Sozialdemokratie „Zur Regelung des Hebammenwesens" hat, zusammen. Die Umschau bringt eine Darstellung der Aufgaben der jetzt eingeführten „Reichsfürsorgestatistik" von Genossin Ministerialrat Dorothea Hirschfeld, eine Kritik des „40. Deutschen Fürsorgetages in Hamburg" vom Genossen Ministerialrat Maier-Dresden, „Mitteilungen aus der Jugendwohlfahrtsarbeit der Provinz Niederschlesien" von Genossin Buchrucker, eine Erörterung über „Einen neuen Zugangsweg zur Wohlfahrtsschule in Sachsen" von Genossin Starrmann-Hunger in Leipzig. Ferner wird ein Briefwechsel mit dem preußischen Wohlfahrtsministerium über eine Wohlfahrtsschule für Abiturientinnen in Berlin veröffentlicht. Wie immer enthält die „Arbeiterwohlfahrt" Notizen aus der Organisation und außerdem diesmal wichtige Berichte aus anderen Fachzeitschriften.

Theater der Woche.

Vom 19. Juni bis 25. Juni 1927.

Volksbühne: 19. bis 22. Ein Sommernachtstraum. 23. bis 27. Jan der Wunderbare. — **Oper am Platz der Republik:** 19. Tannhäuser. 20. Salome. 21. Verkauft. Spanisches Fest. 22. Madame Butterfly. 23. Verkaufte Braut. 24. Meistersinger. 25. Lohengrin. 26. Frau ohne Schatten. 27. Waffenschmied. — **Schauspielhaus:** 19., 20., 22., 26. Maß für Maß. 21., 23. Florian Geyer. 24. Die Perser. 25. Don Giovanni. 27. Barbier von Sevilla. — **Schiller-Theater Charlottenburg:** 19., 20., 22., 24. bis 27. Ehrenbürger. 21. Musik. 23. Amphitrion. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 19. bis 22. Jan der Wunderbare. Ab 23. Geschlossen. — **Thalia-Theater:** Wenn der junge Wein blüht. — **Deutsches Theater:** Der Hetzer. — **Kammerspiele:** Papiermühle. — **Die Komödie:** Der Snob. — **Theater am Kollendorfplatz:** Drei arme kleine Mädels. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die Schule von Upnach. — **Komödienhaus:** Weiße Fracht. — **Großes Schauspielhaus:** Wie einst im Mai. — **Theater des Westens:** Heinrich Heines erste Liebe. — **Städt. Oper Charlottenburg:** 19. Fatinitza. 20. Der arme Heinrich. 21. Die Meistersinger von Nürnberg. 22. Hanneles Himmelfahrt. 23. Aida. 24. Jugend im Mai. 25. Tosca. 26. Der Jahrmarkt von Sorotschinzi. 27. Troubadour. — **Deutsches Künstler-Theater:** Bitte, wer war zuerst da? — **Lustspielhaus:** Der Apfel. — **Lessing-Theater:** Abgemacht — Kuß. — **Theater am Kurfürstendamm:** Die fleißige Hetäre. — **Trianon-Theater:** Die von der Liebe leben. — **Residenz-Theater:** Bis 20. Die schöne Melusine. Ab 21. Der Storch ist tot. — **Zentral-Theater:** Dirnentragödie. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Bis 22. Die Perle von Savoyen. Ab 24. Vorsicht, Bombe! — **Metropol-Theater:** Glück in der Liebe. — **Neues Theater am Zoo:** Dorine und der Zufall. — **Die Tribüne:** Spiel im Schloß. — **Kleines Theater:** Das stärkere Band. — **Wallner-Theater:** Im bunten Rock. — **Renaissance-Theater:** Fenster. — **Walhalla-Theater:** Die von der Liebe leben. — **Rose-Theater:** Die Perle aus Pommern. — **Theater in der Klosterstraße:** 18., 22., 24., 26. Liebe. 19., 20. Familie Hannemann. 21. Pension Schöller. 23., 25., 27. Kleine Sklavin. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Vom 19. bis 22. Das Dreimäderlhaus. Ab 23. Der Vogelhändler. — **Theater in der Lützowstraße:** Die kleine Sünderin.

Nachmittagsvorstellungen. **Schauspielhaus:** 19. Napoleon. — **Theater in der Klosterstraße:** 19. Pension Schöller. 26. Nora.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Heute abend gibts die feinen
Dörffler Würstchen
J1

Stocklaternen mit Stock, Dtz. 60, 75 Pfg. Packeln Dtz. 60 Pfg. Lampions Dtz. 75 Pfg. an, echte Japanlaternen v. 60 Pfg. an. Papiermützen Dtz. von 20 Pfg. an. Girlanden Dtz. von 50 Pfg. an. Wachsfackeln, 1 Stunde br., 35 Pfg. Magnesium-Packeln, 60 cm lang, 60 Pfg. Bengalfeuer Pfd. 60 Pfg. u. 1 Mk. Verlosungsartikel für Kinder, Dtz. 60 Pfg. an. A. Maas & Co. G.m.b.H., Markgrafenstr. 84, an der Lindenstraße. Kommissionsware bei teilw. Festkauf.

Küchen
roh emailliert
Küche Lottchen 42 M. 80 M.
„ Christine 75 „ 125 „
mit Anrichte
Riesenauswahl
roher, lackierter, lasierter Küchen, einzelner Kleider- und Küchenschränke.
Himmel
Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor)

Altenbrak
i. Harz
im schönsten Teile des Bodetales gelegen, inmitten herrl. Laub- und Nadelwälder. Kein teures Modebad. Ständige Kraftomnibus-Verbindung mit Blankenburg und Wernigerode. Auskunft und Prospekte durch die Kurverwaltung.
„Kurhot. und Bodeheim" Tel. 11 Villa Hoffmann, preisw. Pension Hot.-Pens. Schöneburg, renoviert, preiswert. Hs., Tel. 18. Bes. H. Steffen.

Quedlinburg
die alte schöne Stadt
Kostenlose Auskunft d. Verkehrsamt.

Konkurrenzlos!!!
Metallbetten . . . . . 10.50 an
mit Polsteraufl. . . 20.— „
Sofa . . . . . 50.— „
Schlaf-Chaiselongues . 24.— „
Chaiselongue-Decken . 7.— „
Wandbehänge . . . . 3.— „
Patentmatratzen . . . 9.— „
Freisendung! Ratenzahlung!
Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.

Zuckerkranke
Fragen Sie Ihren Arzt üb. A. Siegers Antidiabeticum und verlangen Sie kostenlos diesbezügl. hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Waldorf B 37 (Hessen).

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch waggonweisen Engrosbezug 40% Ersparnis! — Der weiteste Weg lohnt!

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98